

# Neue Rekrutierungstrends der extremen Rechten

## Warum sie verfangen und was ihnen entgegenzusetzen ist

Der Rechtsextremismus bleibt nicht ewiggestrig. Er modernisiert sich. Dies tut er in einer Weise, die seine Attraktivität gerade bei jungen Menschen und in der Mitte der Gesellschaft zu steigern vermag. Nicht nur die z. Zt. auf Rekordniveau befindliche einschlägige Straftatenbelastung legt davon Zeugnis ab. Auch der Umstand der hohen Verbreitung sogenannten niedrigschwelligen rechtsextremen Verhaltens (Tragen von Stickern und eindeutiger Kleidung, Hören von Rechtsrock, Äußern ausländerfeindlicher Beschimpfungen) bei über einem Viertel der deutschen 15-Jährigen und das Vertreten ausländerfeindlicher Einstellungen bei gut 40 % dieser Altersgruppe sprechen eine deutliche Sprache (vgl. Baier u. a. 2009).

## Neue Formen rechtsextremer Ansprache

Die Organisations- und Rekrutierungstaktiken der Rechten sind kurz mit den Trends der *Popularisierung*, *Verszenung*, *Normalisierung* und »Sozialarbeiterisierung« zu beschreiben. *Popularisierung* meint die Inszenierung eines Lifestyles, der die politischen Botschaften jugendkulturell rahmt (etwa über Musik und Outfits) und damit für Jugendliche voraussetzungslos nutzbare symbolisch-kulturelle Andockstellen schafft, die jenseits intellektueller bzw. kognitiver Ansprachen liegen. *Verszenung* markiert eine Form von Organisation, die auf mehr oder weniger feste Mitgliedschaften verzichtet und locker strukturierte, punktuelle, temporäre, weniger verbindliche »projektförmige«, tendenziell enthierarchisierte und medial vernetzte An- und Einbindungen schafft (etwa über das Internet). *Normalisierung* hebt auf die Beobachtung ab, dass zunehmend eine »Vermittlung« jener Ori-

entierungselemente vonstattengeht, die vormalig im allgemeinen als typisch für eine rechtsextreme Auffassung angesehen wurden: Diejenigen, die sich fremdenfeindlich oder in anderer Weise minoritätenaversiv geben, zählen sich heute viel häufiger (nämlich zu fast 60 %) zur politischen »Mitte« als noch vor ein paar Jahren (vgl. etwa Decker u. a. 2006, Heitmeyer 2002, 2003, 2005, 2006, 2007, 2008). Der Trend zur »Sozialarbeiterisierung« findet sich vornehmlich in sozial ausgedünnten Landstrichen Ostdeutschlands: Nachbarschaftliche Hilfsleistungen, Mitarbeit bei der örtlichen Feuerwehr, Mitwirkung an Dorffesten u. ä. m. treten als Teil einer Sympathie erheischenden Strategie von »Nationalsozialarbeit« gleichsam wohlfahrtsgesellschaftlich auf den Plan.

Wieso können solche Angebote von rechts Widerhall finden, bei jungen Leuten insbesondere diejenigen, die auf *Popularisierung* setzen?

## Ursachen rechtsextremer Affinität

In äußerster Verkürzung dargelegt, erklärt sich der Aufbau bzw. die Abwendung von rechtsextremen Haltungen durch Verarbeitungsprozesse von Alltagserfahrungen. Für alle Subjekte ist der legitime, ja den Lebensprozess geradezu ausmachende Versuch, die eigene Lebensgestaltung sinnstiftend zu bewerkstelligen, kennzeichnend, also

1. in hinreichender Weise *Kontrolle* über das eigene Leben herzustellen,
2. soziale *Integration* zu erzielen und
3. dafür und dabei solch personale und soziale *Kompetenzen* zu entwickeln, die Kontrolle und Integration aus subjektiver Sicht identitätssichernd ermöglichen bzw. befördern.



Fotos von links nach rechts: imago  
Ina Peek/Müller-Staufenberg/Bild13



Bei diesem Versuch treten einerseits Schwierigkeiten, andererseits Gelegenheitsstrukturen auf, die rechtsextreme Haltungen als Lösungsmöglichkeiten andienen. Solche Schwierigkeiten bestehen einerseits darin, über Arbeit und Bildung keine befriedigenden Kontrollmöglichkeiten (z. B. Selbstwirksamkeitserfahrungen) für das eigene Leben aufbauen zu können – z. B.



Foto: Nico Schmidt

weil Arbeit fehlt oder die Formalqualifikation nicht ausreicht. Andererseits wird die soziale Integration in gemeinschaftliche Zusammenhänge (z. B. Familie) und gesellschaftliche Instanzen des Interessenausgleichs (z. B. Institutionen der gesellschaftlichen Mitsprache) als defizitär empfunden. Im Zusammenhang damit wurden in der Regel auch wichtige Kompetenzen des Zusammenlebens (wie Äußern von Bedürfnissen, (An)Erkennen der Bedürfnisse anderer, verbale Konfliktfähigkeit, Übernahme von Verantwortung für das eigene Handeln, Affektkontrolle etc.) nicht hinreichend erlernt.

Wenn im Zusammenspiel solcher Erfahrungen die Lebensgestaltung scheitert oder zu scheitern droht und gleichzeitig »von rechts« identitätsrelevante Versprechungen und (scheinbare) Möglichkeiten lanciert werden, sie dort realisieren zu können, kann der Push aus Kontroll-, Integrations- und Kompetenzdefiziten zusammenwirken mit Brücken bauenden Gelegenheitsstrukturen.

Entscheidend ist aber das Subjekt, das eine Wahl auf der Basis der Bilanzierung von Erfahrungen vor dem Hintergrund des Interesses an Lebensgestaltung trifft. Diese Bilanzierungen wiederum sind nicht ausschließlich kognitive Prozesse, sondern auch Reflexionen des Selbst, die affektiv-emotional und bio-physisch mit Bezug auf somatische Empfindungen ablaufen.

Deshalb bietet sich die Aufnahme rechtsextremer Orientierungen gerade für diejenigen an, die biografische Brüche im Bildungs- und Berufsverlauf aufweisen, überdurchschnittlich gravierende familiäre Probleme angeben, Schwierigkeiten dabei haben, gewaltfreie Gleichaltrigenbeziehungen zu pflegen, Männlichkeitsmuster interpersonaler Dominanz aufweisen (Jungen) oder zu kopieren suchen (ein Teil der »rechten« Mädchen) und in ihrer Persönlichkeitsentwicklung z. T. gestört erscheinen, z. B. aggressive Impulse kaum kontrollieren können. Ihnen können sich rechtsextreme Offerten besonders erfolgreich zur Selbstwertbestätigung, zum Aufbau von Orientierungsgewissheit, als neue »Familie«, als unverbrüchliches »Kameradschaftsnetz« (vornehmlich von Peers), als Aktionsfläche vermeintlich »echter«, pro-soziale Emotionen weitgehend unterdrückender Männlichkeit und (Schein-)Autonomie sowie generell

als Verhaltensraum andienen. Dies können sie vor allem dadurch, dass Defizite an Empathie, Perspektivenwechsel, Impulshemmung, verbaler Konfliktregulierungsfähigkeit usw. hier nicht auffallen, ja mehr noch, sozial erwünschte Voraussetzungen des Agierens sind.

Solchen Anknüpfungen spielt ein allgemein beobachtbarer Trend zur erlebnisgesellschaftlichen

Überformung des Politischen in die Hand, also die Tendenz, politische Angebote wie Konsumartikel zu bewerben, BerufspolitikerInnen wie Medienstars zu stilisieren und politische Aktivitäten als Spaß-Veranstaltungen zu konzentrieren. Politik von rechts nutzt diesen Trend für das Angebot einer rechtsextremen Erlebniswelt. In ihrem Rahmen gewinnt dann z. B. das Gemeinschaftserlebnis des massenhaft auftretenden »rechten Mobs« im Zuge von Demonstrationsauseinandersetzungen oder auf Skinmusik-Konzerten Attraktivität. Denn sie macht Lebensgestaltung auch in Gestalt von *Erlebensgestaltung* subjektiv erfahrbar (s. weitergehend Möller/Schuhmacher 2007, Möller 2007a, 2008, 2009).

### **Pädagogische Schlussfolgerungen**

Bisher werden die pädagogischen Konsequenzen der erlebnisgesellschaftlichen Prägung des Rechtsextremismus kaum reflektiert. Angesichts der stark auf emotionale und korporal spürbare Anziehungskräfte zielenden neuen Anspracheformen stellt sich jedoch verstärkt die Frage, wie ihnen pädagogisch beizukommen ist. Offenbar kommen wir nur dann bei der Bearbeitung des Rechtsextremismusproblems weiter, wenn wir die hinter solchen Attraktionen stehenden Bedürfnisse ernster nehmen als bisher. Daraus wäre zu folgern, viel stärker als bislang neben kognitiver Aufklärung auf das Vermitteln von Erfahrungen zu setzen, die emotional positiv besetzte Erlebnismöglichkeiten bieten und die denen der »Rechten« funktional äquivalent sind. Dies bedeutet zum einen, jene Defizite aufzuarbeiten, oder besser noch, ihnen gar nicht erst gedeihliche Entfaltungsbedingungen zu geben, die in den etablierten Sozialisationsinstanzen von Familie und Co. bestehen. Möglichkeitsräume für diese Erfahrungen lassen sich aber zum anderen auch – um dies gegen Ende dieses Beitrages wenigstens noch anzudeuten – in noch unmittelbarer professionell-pädagogisch beeinflussbaren Feldern von Beziehungsangeboten, Bewegungskultur, Risikoeleben, Musik, Symbolik, Mode, Gemeinschaftsleben und Partizipationsprojekten auffinden bzw. entwickeln. Konkrete Beispiele sind:

- kontinuierliche Alltagsbegleitungen rechtsextrem gefährdeter und orientierter Jugendlicher durch Teams aufsuchender Arbeit mit intensiven Einzelfallhilfen, die pädagogische Bezüge ermöglichen,
- dabei geschlechts-, insbesondere männlichkeitsreflektierende Ansätze integrieren,
- Einbezug von LaienhelferInnen und ggf. Vermittlung von Patenschaften zu glaubwürdigen Erwachsenen (etwa AussteigerInnen oder Personen, die ein Gewalt-Milieu hinter sich gelassen haben), mit denen eine auf Kontinuität angelegte persönliche Beziehung geknüpft werden kann,
- sport- und erlebnispädagogische Angebote, die einerseits als Grenztests emotionale Höhepunkterlebnisse, andererseits Erfahrungen von Solidarität und gemeinsamem Erfolg gestatten,
- kulturpädagogische Aktivitäten, etwa Musikworkshops für rechtsextrem Gefährdete, in denen die Vorliebe für einen Skinmusikstil aufgegriffen wird, diese aber mit nicht-rassistischen Texten und ursprünglichen Stücken (z. B. aus dem Bereich von Ska und Reggae) »bedient« wird – durchaus auch im Sinne handlungsorientierter Medienpädagogik,
- Freizeitaktivitäten, die Gemeinschaftserfahrungen jenseits der Kohäsionsmedien von Gewalt, Ausgrenzung, Diskriminierungsdiskursen und gemeinsamem Alkoholkonsum ermöglichen,
- Beteiligungsangebote, die die als verstopft angesehenen Kanäle politischer Partizipation und allgemeiner gesellschaftlicher Mitbestimmung erweitern bzw. ergänzen (Jugendforen, -hearings, -räte, Projektgruppen, Hausversammlungen etc.).



**von Prof. Dr. Kurt Möller**

lehrt und forscht an der Fakultät Soziale Arbeit, Gesundheit & Pflege der Hochschule Esslingen

Der Artikel wurde gekürzt. Die Langfassung stellen wir auf die Homepage: [www.gew-bayern.de](http://www.gew-bayern.de)

**Literatur:**

Baier, Dirk/Pfeiffer, Christian/Simonson, Julia/Rabold, Susann (2009): Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt. Hannover (KFN).

Decker, Oliver/Brähler, Elmar/Geißler, Norman (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Berlin (Friedrich-Ebert-Stiftung).

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2002, 2003, 2005, 2006, 2007, 2008): Deutsche Zustände. Folgen 1-6. Frankfurt/M.

Möller, Kurt (2007a): Soziale Arbeit gegen Menschenfeindlichkeit. Lebensgestaltung über funktionale Äquivalenzen und Kompetenzentwicklung. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 5. Frankfurt/M., S. 294-311

Möller, Kurt (2008): Körperpraxis und Männlichkeit bei Skinheads. In: Baur, Nina/Luedtke, Jens (Hrsg.): Was macht den Mann zum Mann? Beiträge zur Konstruktion von Männlichkeit. Opladen, S. 193-238

Möller, Kurt (2009): Gestaltungsbilanzierungen. Zur Bedeutung von Integrations- und Desintegrationserfahrungen im biographischen Verlauf. In: Heitmeyer, Wilhelm/Imbusch, Peter (Hrsg.): Desintegrationsprozesse – Stärkung von Integrationspotentialen in einer modernen Gesellschaft (Arbeitsstitel). Wiesbaden (erscheint demnächst).

Möller, Kurt/Schuhmacher, Nils (2007): Rechte Glätzen. Rechtsextreme Szene- und Orientierungszusammenhänge – Einstiegs-, Verbleibs- und Ausstiegsprozesse von Skinheads. Wiesbaden

## Schulen sollen sich nicht kaufen lassen – Schulnamen bewusst wählen – belastete Schulnamen kritisch überprüfen

Der sächsische Historiker Geralf Gemeser hat vor einiger Zeit alle Schulnamen in Deutschland gesammelt und einer kritischen Bewertung unterzogen. Er hat dabei festgestellt, dass bundesweit mehr als 100 Schulen Namensgeber haben, deren Verbindung zur NS-Zeit zumindest moralische Zweifel weckt. Hierbei handelt es sich zumeist um hochrangige Militärs, Industrielle und Literaten.

Die GEW begrüßt diese Arbeit. Sie appelliert an alle Schulen, sich mit vorhandenen Schulnamen kritisch auseinanderzusetzen, neue Namen bewusst zu wählen, belastete Schulnamen nicht zu tolerieren und sich auch durch Millionenspenden nicht kaufen zu lassen. Wenn Personen als Namensgeber gewählt werden, müssen sie als Vorbild taugen. Gleichgültigkeit gegenüber belasteten Namensgebern oder das Verschweigen kritischer Aspekte werden dem Bildungsauftrag von Schulen nicht gerecht. Eine Auseinandersetzung mit dem Schulnamen ist politisch und pädagogisch notwendig und sinnvoll, auch wenn Schulen angesichts der hohen Arbeitsbelastung

lieber andere Prioritäten setzen oder Sorge haben, in zeitraubende kommunale Auseinandersetzungen verwickelt zu werden. Die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit war und ist in Deutschland auch mehr als 60 Jahre nach dem Ende der Nazi-Zeit mancherorts immer noch ein heikles Thema.

Die GEW verurteilt es aufs Schärfste, wenn KommunalpolitikerInnen Druck auf Schulen ausüben, die sich von belasteten Schulnamen trennen wollen oder sich durch Millionenspenden belasteter Namensgeber nicht kaufen lassen wollen. Die GEW sagt den Schulen Unterstützung zu, wenn sie kommunalpolitisch unter Druck geraten, wie es z. B. jahrelang in der Auseinandersetzung um das Friedrich-Flick-Gymnasium in Kreuztal der Fall war. Der sehr einflussreiche Stifter und als Kriegsverbrecher verurteilte Friedrich Flick hatte sich mit hohen Summen eine Schule als Denkmal in seiner Heimatkommune gekauft. Erst im Herbst 2008 wurde eine mehr als dreißigjährige Auseinandersetzung mit der Umbenennung des Gymnasiums in

»Städtisches Gymnasium Kreuztal« beendet.

Dass die Problematik auch mehr als 50 Jahre nach dem Ende der Nazi-Diktatur wieder aktuell werden kann, hat 2005 die geplante Umbenennung eines Gymnasiums am Tegernsee in Otto-Beisheim-Gymnasium gezeigt. Hier sollten eine zehn Millionen schwere Stiftung des Multimilliardärs und Gründers des Metro-Konzerns sowie enormer kommunalpolitischer Druck auf das eigentlich ablehnende Schulkollegium dazu führen, dass sich Beisheim, der der Leibstandarte SS Adolf Hitler angehörte, durch einen Schulnamen verewigen konnte. Die GEW sieht in der Tatsache, dass es aufgrund der anhaltenden Diskussionen in der Öffentlichkeit nicht zur geplanten Umbenennung kam, ein hoffnungsvolles Zeichen, das betroffenen Schulen Mut machen kann, die öffentliche Diskussion ebenfalls nicht zu scheuen.

*Aufruf der GEW anlässlich des Erscheinens von Geralf Gemesers Buch »Unsere Namensgeber. Widerstand, Verfolgung und Konformität 1933 - 1945 im Spiegelbild heutiger Schulnamen« im Jahr 2009, in dem er sächsische Schulnamen erforscht.*